

Beschlussvorlage

006/2020-2

öffentlich

Betreff

Antrag der Gruppe SPD/Helmuth Mönkeberg-Bündnis 90/Die Grünen-DIE LINKE: Resolution "Sicherer Hafen" Hameln-Pyrmont

Zuständig:

Sozialamt

Datum

11.03.2020

Beratungsfolge (Zuständigkeit)

Kreistag (Beschluss)

Sitzungstermin

24.03.2020

Beschluss:

1. Der Antrag der AfD-Fraktion wird abgelehnt.
2. Der Kreistag wird gebeten, über den Antrag der CDU-Fraktion und den von der Gruppe SPD/Helmuth Mönkeberg-Bündnis 90/Die Grünen-DIE LINKE beantragten Teil A der Resolution eine Entscheidung zu treffen.
3. Dem Teil B des Antrages der Gruppe SPD/Helmuth Mönkeberg-Bündnis 90/Die Grünen-DIE LINKE wird zugestimmt.

Sachverhalt/Begründung zur Vorlage 006/2020-2:

1. Nach Beratung in der Sitzung des Kreisausschusses am 10.03.2020 hat sich das Gremium einstimmig dafür ausgesprochen, den Antrag der AfD-Fraktion abzulehnen.
2. Des Weiteren sprach sich der Kreisausschuss dafür aus, eine Entscheidung über den Antrag der CDU-Fraktion und den Teil A der von der Gruppe SPD/Helmuth Mönkeberg-Bündnis 90/Die Grünen-DIE LINKE beantragten Resolution erst in der Kreistagssitzung am 24.03.2020 treffen zu wollen. Bis dahin soll interfraktionell versucht werden, zu einer synchronisierten Fassung und damit möglichst zu einer gemeinsamen (Teil-)Resolution zu kommen.
3. Der Kreisausschuss hat sich mehrheitlich für den Teil B der von der Gruppe SPD/Helmuth Mönkeberg-Bündnis 90/Die Grünen-DIE LINKE beantragten Resolution ausgesprochen.

Sachverhalt/Begründung zur Vorlage 006/2020-1:

Nach Beratung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit am 29.01.2020 einigte sich der Ausschuss darauf, von einer Beschlussempfehlung abzusehen und die beantragte Resolution zunächst noch einmal interfraktionell zu beraten. Zur Sitzung des Kreisausschusses am 11.02.2020

wurde der ursprüngliche Antrag der Gruppe SPD/Helmuth Mönkeberg-Bündnis 90/Die Grünen-DIE LINKE modifiziert. Zusätzlich lag ein konkurrierender Antrag der CDU-Fraktion vor. Nach kurzer Debatte in der Sitzung des Kreisausschusses wurde sich darauf geeinigt, die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung zu verschieben.

In der Zwischenzeit ist am 25.02.2020 ein weiterer Änderungsantrag der AfD-Fraktion eingegangen.

Gemäß § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Kreistag und seine Ausschüsse ist über den weitergehenden Antrag zuerst abzustimmen. Im Zweifel entscheidet der Kreistag, welcher der weitergehende Antrag ist.

Verwaltungsseitig wird dementsprechend vorgeschlagen, zuerst über den Antrag, der am weitesten vom Ursprungsantrag abweicht, abzustimmen. Dies wäre zunächst der Antrag der AfD-Fraktion, der eine Ablehnung des Ursprungsantrages vorsieht. Sollte der Antrag nicht angenommen werden, würde der Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung gestellt. Sofern auch hier keine Mehrheit erzielt werden kann, wird zuletzt über den Ursprungsantrag abgestimmt.

Sachverhalt/Begründung zur Ursprungsvorlage 006/2019:

Die Gruppe SPD/Helmuth Mönkeberg-Bündnis 90/Die Grünen-DIE LINKE hat mit Schreiben vom 03.12.2019 beantragt, den Landkreis Hameln-Pyrmont aus seiner Verantwortung heraus, Menschen zu helfen, die auf Grund von Krieg oder politischer Verfolgung ihre Heimat verlassen haben und in der Europäischen Union Zuflucht suchen, zu einem „Sicheren Hafen“ zu erklären. Hierzu soll eine Resolution beschlossen werden.

Der Antrag ist am 03.12.2019 beim Kreistagsbüro und damit nicht fristgerecht für eine Beratung in der Kreistagsitzung am 17.12.2019 gestellt worden. Deshalb soll eine Beratung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit erfolgen.

Für die Einzelheiten wird auf den als Anlage beigefügten Antrag verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen einschließlich Folgekosten:

Keine Auswirkungen.

Demografischer Wandel:

Keine Auswirkungen.

Inklusion:

Keine Auswirkungen.

Klima/Umwelt:

Keine Auswirkungen.

Anlagen: Antrag „Sicherer Hafen“